



Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung

Frau Pregel

Telefon: (0221) 221 35094

Fax: (0221)

E-Mail: iris.pregel@stadt-koeln.de

Datum: 25.11.2021

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 30.08.2021, 15:10 Uhr bis 18:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Bärbel Hölzing	Grüne
Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Frau Mechthild Böll	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Maria Helmig	SPD
Herr Oliver Seeck	SPD
Frau Constanze Aengenvoort	CDU
Frau Anneliese Hauser	Auf Vorschlag der CDU
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP
Frau Andrea Browsers	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Frau Ilka Schänke	Auf Vorschlag der AfD
Herr Dr. John Akude	CDU
Herr Thomas Glowacki	auf Vorlag der Grünen
Frau Anette Weber	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Andre Burghardt	Auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Herr Marius Rohde	Auf Vorschlag der CDU
Frau Simone Schäfer	Auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	Auf Vorschlag der CDU

Frau Dr. Carolin Butterwegge	DIE LINKE
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP-Fraktion
Herr Paul Gottschalk	Auf Vorschlag von Volt
Herr Udo Heinrichs	Auf Vorschlag der Ratsgruppe GUT
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Herr Gerhard Jansen	Stadtschulpflegschaft
Frau Gönül Topuz	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Frau Hedwig Drießen	Seniorenvertreterin der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Andreas Albrecht	Stadtschulpflegschaft Köln
Frau Ulrike Müller-Harth	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Birgit Beate Dickas	Die FRAKTION
Frau Lea Lohove	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Heidi Irlenbusch	auf Vorschlag der SPD
Frau Xueling Zhou	Bezirksschülerinnenvertreterin
Frau Christina Zimmermann	Katholische Kirche
Herr Wolfgang Hülsmann	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Frau Stephanie Stangier	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Frau Carmen Schmitt	Evangelische Kirche
Herr Musa Yüceel	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Bodo Busch	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertreter der Stadt Köln

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben begrüßt alle Anwesenden, verweist auf die bereits bekannt gegebenen Hinweise und fordert pandemiekonformes Verhalten ein, um die Sitzungsdauer so kurz wie möglich zu halten.

Er begrüßt Mariacarmen Kempken vom Dezernat für Bildung, Jugend und Sport, die zum TOP 5.1 – Monitoringbericht 2020 i. V. m. 5.1.1, einen Beitrag leistet und kündigt bereits Herrn Greitemann vom Dezernat VI - Planen und Bauen an, der anlässlich ei-

ner aktuellen Stunde betreffend TOP 2.4 - Scheitern der Gesamtschule am Walter-Pauli-Ring zu einem späteren Zeitpunkt der Sitzung beitreten wird.

Die Verwaltung schlägt vor, die Anträge unter TOP 2.3 bis 2.5, die Beantwortung unter TOP 3.1.9 – 3.1.15, die Anfragen unter TOP 3.2.1 und 3.2.2, die Vorlagen unter TOP 4.5 und 4.6, die Mitteilungen unter 5.1.2, 5.3.1 sowie 5.15 – 5.24 und im nichtöffentlichen Teil die Anträge unter TOP 10.4, die Mitteilungen unter TOP 11.2 – 11.14 sowie die Anfrage unter TOP 12.1.1 aufzunehmen.

Der Ausschuss beschließt die so geänderte Tagesordnung einstimmig.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.2 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Hölderlingymnasium erweitern: Bildungscampus für Mülheim entwickeln!"
AN/1315/2021
- 2.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Schulversorgung in den Stadtteilen Worringen und Roggendorf/Thenhoven verbessern, temporäre Lösungen zur Entlastung der Grundschulen ermöglichen!"
AN/1115/2021
- 2.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Sicheren Schulstart ermöglichen - Impfkampagne voranbringen mit dem Schüler*innen-Impfbus!"
AN/1608/2021
- 2.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Scheitern der Gesamtschule am Walter-Pauli-Ring"
AN/1787/2021
- 2.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Verlässlichkeit im Präsenzunterricht"
AN/1593/2021

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Datenschutzensible Software für digitales Lernen in Kölner Schulen" AN/0898/2021

Antwort der Verwaltung vom 07.06.2021
2113/2021

3.1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Digitale Information an die Eltern über negative Testergebnisse bei Lolli-Tests an Schulen und Kitas" AN/1215/2021

Antwort der Verwaltung vom 07.06.2021
2181/2021

3.1.3 Mündliche Anfrage der AFD-Fraktion betreffend "Covid 19-Testungen von Schülerinnen und Schülern an Kölner Schulen"

Antwort der Verwaltung vom 22.06.2021
2186/2021

3.1.4 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Statusbericht Schulbaumaßnahmenliste, Stand Ende 2020"

Antwort der Verwaltung vom 11.06.2021
2256/2021

3.1.5 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP, Die Linke und Volt betreffend "Sachstand Sanierungsstau an der Tages- und Abend-schule (TAS) Köln, Genovevastr. 64-66 und 72 (städtische Gebäude)" AN/1293/2021

Antwort der Verwaltung vom 11.06.2021
2166/2021

3.1.6 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Drastischer Ausbildungsabbau aufgrund von Corona" AN/1283/2021

Antwort der Verwaltung vom 15.07.2021
2556/2021

3.1.7 Anfrage der SPD Fraktion betreffend "Fertigstellung und Nutzung des Herrenhauses im Thurner Hof in Köln-Dellbrück" (AN/1148/2021)

Antwort der Verwaltung von 03.08.2021
2409/2021

- 3.1.8 Anfrage der Ratsgruppe GUT Köln betreffend "Schwimmbäder Prioritär für Nichtschwimmer*innen-Kinderkurse öffnen" AN/1042/2021

Antwort der Verwaltung vom 11.08.2021
2538/2021

- 3.1.9 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Tablets für alle Schüler*innen sicherstellen"

Antwort der Verwaltung vom 19.08.2021
2869/2021

- 3.1.10 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen in den Bezirken" bei 512

Antwort der Verwaltung vom 24.08.2021
2969/2021

- 3.1.11 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "iPads für Lehrkräfte"

Antwort der Verwaltung vom 25.08.2021
2871/2021

- 3.1.12 Mündlichen Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Ablehnende Bescheide für das Anmeldeverfahren inkl. Liste freier Plätze"

Antwort der Verwaltung vom 25.08.2021
2881/2021

- 3.1.13 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Ausstattung von Räumen in Kindertagesstätten und Schulen mit Luftfiltergeräten" AN/1089/2021

Antwort der Verwaltung vom 26.08.2021
3004/2021

- 3.1.14 Anfrage der Ratsgruppe GUT Köln betreffend "Luftreiniger in Klassenräumen"

Antwort der Verwaltung
2462/2021

3.2 Neue Anfragen

- 3.2.1 Programm „Gute Schule 2020“ neu auflegen und fortsetzen?
AN/1756/2021

- 3.2.2 Sachstand Sanierungsstau an der Tages- und Abendschule (TAS) Köln, Genoveastr. 64-66 und 72 (städtische Gebäude)
AN/1293/2021

4 Vorlagen der Verwaltung

- 4.1 Einrichtung des Erweiterungsbaus für das Gymnasium Neue Sandkaul 29, 50859 Köln-Widdersdorf

Einrichtungsbeschluss
0607/2021

- 4.2 Verbesserung der Schulinfrastruktur; hier Container für die Elternarbeit, Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen als Empfehlung an den Ausschuss Schule und Weiterbildung
1645/2021

- 4.3 Zukunftsweisende Vision für die Ausrichtung der Stadt Köln

Seitens der Verwaltung endgültig zurückgezogen
1908/2021

- 4.4 Modellhafte Öffnung ausgewählter Schulhöfe als Spiel-, Sport- und Bewegungsräume für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
0880/2021

- 4.5 Schulrechtliche Änderung der drei Grundschulen Ernst-Moritz-Arndt-Schule, EGS Mainstraße 75, 50996 Köln-Rodenkirchen, Albert-Schweitzer-Grundschule, GGS Zum Hedelsberg 13, 50999 Köln-Weiß und der Brüder-Grimm-Schule, GGS Sürther Hauptstraße 149, 50999 Köln-Sürth zum Schuljahr 2022/23
2482/2021

- 4.6 Einrichtung des Erweiterungsbaus und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Hildegard-von-Bingen Gymnasium, Leybergstr. 1, 50939 Köln - Sülz im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2022.
1866/2021

5 Mitteilungen

- 5.1 Monitoringbericht 2020: allgemeinbildende Schulen und Berufskollegs, bildungsstatistische Analysen und kommunale Steuerungsansätze
1058/2021

- 5.1.1 Monitoring Stadtentwicklung Köln: Freischaltung der Anwendung, Veröffentlichung von Inhalte und Methoden-Bericht sowie Ergebnisband
2407/2021

- 5.1.2 Bildungsmonitoring: Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen, Stand 2020/21
2451/2021

- 5.2 Einschulungshilfe für Schulanfänger*innen zum Schuljahr 2021/ 2022
2223/2021
- 5.3 Sonder-Schwimmlern-Programm
2305/2021
- 5.3.1 Sachstand Sonder-Schwimmlern-Programm nach den Sommerferien
3025/2021
- 5.4 Sportentwicklungsplanung: Sportstättenmanagementsystem
2306/2021
- 5.5 Volkshochschule Köln startet mit neuem Programm
2390/2021
- 5.6 Statusbericht Schulbaumaßnahmenliste, Stand: 31.12.2020
0398/2021
- 5.7 Umsetzung des Projekts "Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe"
1663/2021
- 5.8 Zusätzliche Schüler*innenplätze in den Eingangsklassen der Kölner Schulen
zum Schuljahr 2022/23
2420/2021
- 5.9 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines
Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grundschule im
Stadtbezirk Ehrenfeld
1893/2021/2
- 5.10 Stadtradeln 2021
1887/2021
- 5.11 Ausbau und Instandhaltung des Schwimmbangebotes an Kölner Schulen
2063/2021
- 5.12 Umgang mit Corona in Schule
2012/2021
- 5.13 Welche Grundschulempfehlungen hatten die an den Gesamtschulen zum
Schuljahr 2021/22 abgelehnten Schüler*innen? - Ergebnis einer Abfrage bei
den Gesamtschulleitungen
2289/2021
- 5.14 Abschlussbericht Projekt Bildungskoordination für Neuzugewanderte (Projekt-
ende 30.06.2021)
2444/2021

- 5.15 talentCAMPus 2021 - "Ich bin Du"
2697/2021
- 5.16 Schulentwicklungsplanerische Einschätzungen zu möglichen Entwicklungsperspektiven des Schulstandortes Helene-Weber-Platz in Brück und dem Fortbestand der Kurt-Tucholsky-Hauptschule
2422/2021
- 5.17 House of Resources in Köln
2804/2021
- 5.18 Umsetzung des Bundesprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" durch die Stadt Köln
2694/2021
- 5.19 Verbesserung der Verpflegungsqualität des Mittagessens an Kölner Schulen
3014/2021
- 5.20 Neubau Hölderlin
3009/2021
- 5.21 Sachstand zu Anträgen und Anfragen des Ausschusses Schule und Weiterbildung - Stand 25.08.2021
3060/2021
- 5.22 "Fördermittelabruf und -einsatz"
3054/2021
- 5.23 Parkplatz Salzburger Weg in Köln-Junkersdorf - zu AN/1093/2021 (TOP 2.5 des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom 07.06.2021)
2805/2021
- 5.24 „Multilingualität von Anfang an -Aktuelle Übersicht zu Angeboten und Sprachfördermöglichkeiten von Mehrsprachigkeit in der Stadt Köln“
2930/2021

- 5.25 Resolution der Bezirksvertretung Chorweiler
hier: Verlegung der dritten Klasse des Schuljahres 2021/22 der GGS Aman-
dusstraße in Köln Rheinkassel nach Köln Merkenich
AN/1652/2021

6 Anfragen

- 6.1 Mündliche Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Verbesserung der Schu-
linfrastruktur"
hier: Container für die Elternarbeit
- 6.2 Mündliche Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Ausstattung der Schulen
mit digitalen Dienstgeräten für Lehrer*innen 2020/2021"
- 6.3 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Bau einer bundesligataugli-
chen Sporthalle in der Gesamtschule Höhenhaus"
- 6.4 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Förderschule Pestalozzi-
Schule Außenstelle"

7 Verschiedenes

8 Gleichstellungsrelevante Themen

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.2 Gleichstellungsrelevante Themen

1.3 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Hölderlingymnasium erweitern: Bildungscampus für Mülheim entwickeln!" AN/1315/2021

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben erläutert, dass hier der TOP 5.20 mit berücksichtigt werde.

Herr Seeck, SPD-Fraktion, erwähnt hierbei die Erneuerung der Sporthalle im Blick zu behalten. Durch TOP 5.20 – Neubau Hölderlin könne dieser Dringlichkeitsantrag daher zurückgezogen werden.

Herr Voigtsberger, Verwaltung, informiert die Öffentlichkeit und die verschiedenen anwesenden Schulakteur*innen darüber, dass im ersten Schritt die Gebäudewirtschaft anhand der Machbarkeitsstudie gebeten wurde, die Möglichkeiten an dem einen Standort zu überprüfen, um belastbare Zahlen zu haben. Darüber hinaus sei das Planungs- und Baudezernat um Prüfung gebeten worden, ob in der näheren Umgebung, an der Graf-Adolf-Straße, neben der Sporthalle die Möglichkeit bestehe, einen zweiten Standort zu errichten. Dafür müsse jedoch entsprechendes Baurecht geschaffen werden. Diese Prüfung erfolge aktuell.

Frau Hölzing, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hofft auf eine schnelle Prüfung und eine zufriedenstellende Lösung für alle Beteiligten.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde zurückgezogen.

2.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Schulversorgung in den Stadtteilen Worringen und Roggendorf/Thenhoven verbessern, temporäre Lösungen zur Entlastung der Grundschulen ermöglichen!" AN/1115/2021

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben teilt mit, dass hier weiterer Beratungsbedarf bestehe.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wurde zurückgestellt.

2.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Sicheren Schulstart ermöglichen - Impfkampagne voranbringen mit dem Schüler*innen-Impfbus!" AN/1608/2021

Herr Seeck, SPD-Fraktion, teilt mit, dass die STIKO (Ständige Impfkommission) die Empfehlung ausgesprochen habe, auch Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren impfen zu lassen. Dieses Angebot werde bereits von elf Gymnasien und Gesamtschulen und einigen Berufskollegs angenommen.

Er verweist auf die pädagogische Komponente sowie die didaktischen Erläuterungen der Uni Bielefeld. Es bestehe die Möglichkeit, Busse vor Ort einzusetzen. Die Alternative sei, Kinder und Jugendliche ins Impfzentrum zu schicken, was jedoch einen höheren Aufwand darstelle. Er hofft auf eine Erhöhung der Impfquote auch bei den ab 12-Jährigen.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, merkt an, dass die Verwaltung bereits reagiert habe und Aktivitäten betreffend der Ermöglichung ans Land gerichtet wurden. Sie teilt mit, dass es Landesaufgabe sei, dies zu initiieren und voranzutreiben, damit nicht im Ergebnis die Kosten von der Stadt Köln getragen werden müsse. Frau Hölzing fragt nach, wie der Stand der Dinge sei. Daneben weist sie darauf hin, dass es neben den Impfbusen noch die Möglichkeit gäbe, sich in Impfzentren und von Kinderärzten impfen zu lassen. Der vorliegende Antrag gehe zu weit und daher würde sich die Fraktion ablehnend positionieren.

Frau Dr. Butterwege, Fraktion Die Linke, meint sich interfraktionell erinnern zu können, dass ein Prüfauftrag beschlossen wurde, wie die Impfangebote an die Schüler*innen gebracht werden können. Auf Anregung der Fraktion der Linken wurde befürwortet, dass man mit den Schulen mit Sozialindex beginnen möge.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, begrüßt ein niedrigschwelliges Impfangebot für alle Kinder. Sie Sorge sich, dass gegebenenfalls ein sozialer Druck durch die Impfbusse auf dem Schulgelände entstehe. Sie befürchtet eine Ausgrenzung der Kinder, die sich gegen die Impfung entschieden. Bei der Begleitung der Kinder unter 16 Jahren durch ihre Eltern fände sie es wichtig, dass die Schulen vor Ort auch über alternative Impfangebote, wie die Impfmöglichkeit über Impfzentren und durch Kinderärzte, informieren. Das Thema Impfung sei sehr sensibler Bereich, so dass sie den vorliegenden Antrag als zu weitgehend empfinde.

Herr Albrecht, Stadtschulpflegschaft, freut sich über das Angebot der Impfbusse. Negativ merkt Herr Albrecht an, dass die Stadt Köln aktiv in der Verantwortung stehe, die Impfbusse an den Schulen aufzustellen. Der Schutz der Kinder stehe im Vordergrund und es wäre ein Fehler, die Entscheidung, ob ein Impfbus an die Schule komme von der Schulleitung abhängig zu machen. Er merkt an, dass Eltern über alle Impfalternativen aufgeklärt werden müssten. Der Schutz der Kinder dürfe keine Frage des Geldes sein. An der Liese-Meitner-Gesamtschule wären derzeit mehrere Jahrgangsstufen in Quarantäne. Für eine alternative Online-Beschulung fehlen aber Team-Lizenzen.

Frau Westphal, FDP-Fraktion, teilt mit, dass es unterschiedliche Gründe gebe, warum Eltern ihre Kinder nicht impfen ließen. Impfbusse könne man an Orten einsetzen, ohne diese mit der Schule in Verbindung zu bringen, beispielsweise an Spielplätzen. So könne man vor Ort und bei Bedarf aktive Aufklärungsarbeit leisten. Als Lehrerin weist sie zudem darauf hin, dass sie eine durch den Impfbus ausgelöste Pro- und Kontra-Impfdiskussion unter Schüler*innen als schwierig empfinde und sähe hier eine weitere coronabedingte Belastung der Lehrerschaft.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, teilt mit, dass aufgrund der rasant ansteigenden Infektionszahlen der Impfbus unbedingt als Angebot seitens der Stadt Köln bereitgestellt werden müsse und daher unterstützt die Fraktion den Antrag. Er bittet die Verwaltung um Information betreffend der Kosten.

Herr Voigtsberger, Verwaltung, erläutert, dass Impfen ein wesentliches Merkmal sei, die Pandemie in den Griff zu bekommen. Die Verwaltung sei bereits vor dem Impfangebot für Kinder und Jugendliche im Landesvergleich mit den Testungen vorausgegangen und habe proaktiv gehandelt, um das Virus maximal einzuschränken. Die Impfung sei ein wichtiger Bestandteil, um Schulen möglichst sicher zu halten. Daher wurde frühzeitig, schon vor der STIKO-Empfehlung, die Möglichkeit geschaffen, dass Kinder sich zwischen 12 und 17 Jahren impfen lassen - im Vorfeld einhergehend mit einer intensiven Beratung. Nachdem die Berufskollegs und die weiterführenden Schulen im Sek II-Bereich angefahren worden seien, möchte die Verwaltung die weiterführenden Schulen insgesamt ansprechen. Hier setze die Verwaltung auf das Thema Verantwortungsgemeinschaft und entwickle diese gemeinsam mit den Schulen.

Man spreche über Partizipation und Einwilligungen von Eltern. Es solle ein bezirksorientiertes Angebot im Sozialraum geschaffen werden. Gerade in Schulen mit hohem Sozialindex wäre die Impfbereitschaft aus verschiedenen Gründen niedriger. Daher solle ein Angebot vor Ort bereitgehalten werden. Daran arbeite die Stadt Köln.

Herr Voigtsberger, Verwaltung, unterstreicht, dass die für die Verwaltung entstehenden Kosten zur Bekämpfung der Pandemie, nie das entscheidende Merkmal gewesen seien.

Frau Ritter, Verwaltung, führt aus, dass es seit Beginn des Prüfauftrages bereits vor den Sommerferien eine Abstimmung mit allen Beteiligten (Gesundheitsamt, Feuerwehr) gegeben habe, wie aufsuchende Angebote stattfinden können und welche Zielgruppe besonders in den Blick zu nehmen sei, wenn Impferlasse diese ermöglichen. Bei allen Überlegungen hierzu habe sich die Verwaltung vom Schulsozialindex leiten lassen. So wurde bei den Rückmeldungen der Schulen die Auswahl nach dem Schulsozialindex vorgenommen.

Daneben werden anhand des Schulsozialindexes auch die letzten 3 Impferlasse umgesetzt.

Die Impferlasse räumten den Kommunen die Möglichkeit ein, neben den Angeboten in den Impfzentren auch aufsuchende Angebote an die Berufskollegs, den allgemeinbildenden weiterführenden Schulen - mit Blick auch auf die neue Zielgruppe der 12-Jährigen - sowie auch an den Weiterbildungskollegs vorzunehmen. Als Stadt Köln setze man die Impferlasse um, indem solche aufsuchenden Angebote gemacht würden. Dieses Angebot sei an alle Schulen kommuniziert worden. Hierbei sei die Verwaltung jedoch auf die innerschulische Kommunikation angewiesen, damit diese Angebote auch von allen Schüler*innen genutzt werden.

Frau Aengenvoort, CDU-Fraktion, teilt mit, dass die Verwaltung die Situation betreffend Impfung, Berücksichtigung des Elternwunschs sowie das Thema Sozialindex im Blick habe und den Antrag aus diesem Grunde nicht für erforderlich halte.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke abgelehnt.

2.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Scheitern der Gesamtschule am Walter-Pauli-Ring" AN/1787/2021

Herr Seeck, SPD-Fraktion, bedankt sich bei Herrn Greitemann für sein Kommen. Er führt aus, dass das Thema Gesamtschule ein sehr wichtiges sei, insbesondere an dem Standort Kalk. Er bittet um Erläuterung, wann Herr Greitemann über die alternative Bebauung informiert worden sei und weiter informiert habe, dass das Areal nicht mehr für eine Gesamtschule bereitgestellt werde.

In dem Januar B-Verfahren Gießener Straße sei immer von einer ergänzenden und nicht von einer Ersatzmaßnahme ausgegangen worden.

Er führt aus, dass das erklärte Ziel die Schaffung einer Einigkeit sei, dass an dem Standort Kalk eine Gesamtschule realisiert werde.

Herr Greitemann, Verwaltung, bedankt sich für die Einladung zum Ausschuss Schule und Weiterbildung und bedauert die Irritationen bezüglich der Pressemitteilung der vergangenen Woche. Er betont, dass seine in der Presse gemachte Aussage richtig sei. Zum anderen habe man in dem Ausschuss Schule und Weiterbildung durch Herrn Robert Voigtsberger stets einen kongenialen Partner, der in seinem Sinne im Thema Schulbau spräche.

Herr Greitemann teilt mit, dass ihm die Überlegungen des BLB (*Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW*) und des Landes bezüglich der Nutzung des im Besitz des BLB befindlichen Grundstückes am Walter-Pauli-Ring seit Mitte 2019 bekannt seien. In 2018 habe der BLB bestätigt, dass die Nutzung des Grundstückes für eine weiterführende Schule der Stadt Köln frühestens nach Nutzung des Grundstückes für ein Interimsgebäude der Technischen Hochschule Köln, welches im Zuge der Entwicklung des Standortes in Deutz genutzt werden sollte, zur Verfügung stehen könne.

Die zusätzlichen Überlegungen des Innenministeriums und der Polizei seien ihm Mitte 2019 bekannt gegeben worden. Auf Grundlage dieser Informationen und der Tatsache, dass konkrete Planungen für eine Interimsnutzung der TH Köln noch nicht bekannt waren, habe er die Gebäudewirtschaft beauftragt, eine Alternative für den notwendigen Standort einer weiterführenden Schule in möglichst unmittelbarer Nähe zu suchen. Dies sei in 2019 geschehen. Es dauere seine Zeit bis man Grundstücke eruiert habe. Dies mündete in der Vorlage 3395/2020, in der das Ziel formuliert worden sei, einen Standort an der Gießener Straße, im Bereich Nr. 45-47 (Mercedes-Grundstück) planungsrechtlich für einen Schulstandort zu sichern. In der Vorlage sei auch ganz bewusst auf den Schulentwicklungsplan Nummer M98 und die Schulbauprioritätenliste Nr. 107 Bezug genommen worden. Die Vorlage sei im Ausschuss Schule und Weiterbildung, in der Bezirksvertretung Kalk sowie im Stadtentwicklungsausschuss behandelt worden.

Er verstehe seine Aufgabe als Dezernent gerade im Bereich Führung und Management so, dass, sobald er Kenntnis von einem Risiko habe, umgehend Alternativ-Szenarien sucht.

Alleine die Überlegungen für die Interimsfläche der TH Köln hätten ihn veranlasst, nach einem Alternativgrundstück zu suchen.

Im Laufe der Planung des BLB sei für ihn bereits zu diesem Zeitpunkt klar gewesen, dass ein Interim für die TH Köln keinesfalls in 2026 beseitigt sein würde.

Die Überlegungen der Polizei in 2019 hätten die Wahrscheinlichkeiten erneut herabgesetzt, dass der Zugriff durch die Stadt auf ein Minimum reduziert würde. Er zitiert hierzu den Satz aus der Vorlage (S. 2, letzter Satz): „Da der bisher von der Bezirks-

vertretung 8 favorisierte Standort Walter-Pauli-Ring nicht zur Verfügung steht, ist kurzfristig ein alternativer Standort zu sichern und zu entwickeln.“

Herr Greitemann führt aus, dass dieser zitierte Satz fast schon zu „streight“ (*übersetzt: gradlinig*) gewesen sei, weil die Verhandlungspartner hätten denken können, dass die Stadt Köln an der Beplanung dieses Standortes nicht festhalte.

Daher sei immer wieder Kontakt zu den Verhandlungspartnern gehalten worden, verbunden mit der Frage, ob trotz der Überlegungen der Zugriff auf dieses Grundstück möglich sei. Diese Fragen hätten bis zu der nun vom Eigentümer getroffenen Entscheidung im Raum gestanden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben bedankt sich für die Darstellung.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verstehe den Sinn der aktuellen Stunde nicht, da das Grundstück allenfalls 2026 zur Verfügung gestanden hätte und keinesfalls kurzfristig. Frau Hölzing habe den Eindruck gehabt, man sei umsichtig über die Situation informiert worden. Vor allem durch den Schulentwicklungsplan (M98). Sie appelliert an die Verwaltung und die Politik gemeinsam nach vorne zu blicken und hofft darauf, dass schnellst möglich Ersatz für diesen Standort realisiert werde, so dass weitere Gesamtschulplätze in den Bereich Kalk kommen.

Frau Hölzing bittet Herrn Voigtsberger darum aufzuzeigen, wie es in Kalk weiter gehen könne und was die Verwaltung unternimmt, um dort weitere Gesamtschulplätze zu realisieren.

Frau Aengenvoort, CDU-Fraktion, bedankt sich bei Herrn Greitemann für sein persönliches Erscheinen und versteht die Aktuelle Stunde ebenfalls nicht. Sie ist der Meinung, dass die Verwaltung richtig gehandelt habe.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, spricht sich weiterhin für die Aktuelle Stunde aus. Man habe sei 2015/2016 dieses Grundstück für die Gesamtschule Kalk anvisiert. Er kritisiert, dass die Landesregierung die Stadt Köln bei solchen Notlagen (Flächennot und Flächenkonkurrenz) im Stich lasse, gerade auch bei diesem Grundstück. Er erwarte von der Verwaltungsspitze, dass sie sich beim Land für einen Interim stark mache. Es sei bekannt, dass die Stadt Köln enorme Probleme habe, Grundstücke für große Schulen oder Gesamtschulen zu bekommen. Man hätte diesbezüglich mit dem Land ins Gespräch kommen und auf die Flächennot verweisen und überlegen müssen, ob es nicht andere Lösungen gebe.

Es solle überlegt werden, ob man nicht, hinsichtlich der immer größer werdenden Probleme im Schulbau, eine Task-Force, angesiedelt im OB-Büro, schaffen könne. Damit könne man Kommunikationsproblemen in diesem Thema begegnen.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, dankt der Verwaltung, dass Alternativen gesucht und gefunden würden. Sie versteht die Aktuelle Stunde ebenfalls nicht, da ein guter Informationsfluss bereits im Januar 2021 stattgefunden habe und bittet ebenfalls darum nach vorne zu blicken.

Herr Bauer-Dahm, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, teilt mit, dass die Polizei von Anfang an die Platznot mitgeteilt habe. Ihm sei daher klar gewesen, dass dieses Grundstück nicht zur Verfügung stehe. Auch auf Landesebene habe man sich nicht genügend um das Grundstück bemüht.

Herr Seeck, SPD-Fraktion, bedankt sich bei Herrn Greitemann für sein Kommen und die sachlichen Informationen. Er halte es für wichtig, dass die Verwaltung und Politik in Dialog treten würden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben fragt, ob Herr Greitemann einen Hinweis geben könne, was die sinnvollste Variante sei, um thematisch weiter voranzukommen.

Herr Greitemann, Verwaltung, erwidert, dass er keine Empfehlung geben möchte. Er betont, dass ihm die beiden konkurrierenden Nutzungen des Landes bekannt gewesen seien, Herrn Voigtsberger und der Schulverwaltung nicht. Es habe ihm nicht zugestanden, offen darüber zu reden. Eine gegenseitige vertrauensvolle Zusammenarbeit in Schulbauthemen zwischen beiden Dezernenten bestehe jedoch weiterhin.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben bedankt sich bei Herrn Greitemann für sein Kommen und fragt den Ausschuss Schule und Weiterbildung, wie die „Aktuelle Stunde“ abzuschließen sei.

Fraktion Bündnis 90/die Grünen, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und die Fraktion VOLT möchten die Aktuelle Stunde als erledigt erklären.

SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke möchte die Verwaltung beauftragen, den Standort Kalk als Gesamtschulstandort voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

Die Sache ist erledigt.

2.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Verlässlichkeit im Präsenzunterricht" AN/1593/2021

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, teilt mit, dass im Hauptausschuss der Antrag in den Ausschuss Schule und Weiterbildung verwiesen wurde, sowie auf Wunsch der SPD-Fraktion gleichzeitig in den Gesundheitsausschuss. Nun werde ein interfraktioneller Ersetzungsantrag eingereicht.

Entgegen der Verordnung des Landes habe das Gesundheitsamt Kinder weiterhin gruppen- oder klassenweise in 14-tägige Quarantäne geschickt, wenn ein Fall in der Klasse oder Gruppe bekannt geworden sei. Frau Ruffen bittet darum, dass man sich an die Verordnungen des Landes halte.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, erläutert, dass er den abgestimmten Antrag nicht kenne und hätte zu dem Sachzusammenhang gerne eine Stellungnahme der Verwaltung. Nach seinen Informationen würden in Köln nicht ganze Klassen in Quarantäne geschickt und würde gerne den Standpunkt des Gesundheitsamtes dazu erfahren. Er halte den Gesundheitsausschuss für das geeignetere Gremium und würde daher den vorgetragenen Antrag nicht unterstützen.

Herr Voigtsberger, Verwaltung, teilt mit, dass er nicht für das Gesundheitsamt sprechen könne, weil die Corona-Testverordnung möglicherweise Ausnahmen zulasse, die dann auch durch das Gesundheitsamt vollzogen werden müssen. Er würde dazu eine Stellungnahme des Gesundheitsamtes einfordern. Er weist auf die Aussage der Schulministerin hin, die sich für eine allgemeingültige Regelung stark gemacht habe und empfiehlt, an dieser Stelle das Gesundheitsamt zu hören, um auf dieser Grundlage eine solide Einschätzung zu erhalten.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Formulierung dahingehend sei, dass grundsätzlich nach Landesverordnung gehandelt werden solle und da sie möchte, dass die Kinder im Präsenzunterricht beschult werden und in den Kindergarten gehen

dürfen. Sie erläutert, dass es eine differenzierte Quarantäneregelung an weiterführenden Schulen gebe, diese aber nicht für Kinder gelte, die nicht geimpft werden können.

Herr Albrecht, Stadtschulpflegschaft, teilt mit, dass aktuell komplette Klassen in Quarantäne geschickt würden. An der Schule Am Rosenmaar sei eine komplette Klasse in Quarantäne geschickt worden, an der Liese-Meitner-Gesamtschule die gesamte Jahrgangsstufe. Nach Feststellung des Gesundheitsamtes vergingen aufgrund der Vorabquarantäne bis zu vier Tagen. In der Presse sei gelesen zu werden, dass die Stadt Köln überlege, dass die Kinder täglich getestet würden, dafür dann nur das betroffene Kind in Quarantäne gehe. Er möchte geklärt haben, wie dahingehend die Planung aussehe. Daneben erwarte er, dass der PCR-Test für Kinder kostenfrei bleiben müsse.

Herr Dr. Schlieben führt aus, dass die Zeit der Vorabquarantäne auf 12 Stunden verkürzt werden müsse.

Herr Voigtsberger, Verwaltung, führt dazu aus, dass das Gesundheitsamt seit Beginn der Pandemie immer differenziert vorgegangen sei. Dass ganze Klassenverbände in Quarantäne geschickt wurden, stelle eher die Ausnahme dar. Es gebe kein Dissens dahingehend, dass aktuell weitere Möglichkeiten geprüft würden, um Schüler*innen möglichst kurz in Quarantäne zu halten und Präsenzunterricht maximal zu ermöglichen.

Die Verwaltung sei in Prüfung von weiteren Maßnahmen, die aktuell mit dem RKI (Informationen zur Ausweisung internationaler Risikogebiete) in der Abstimmung sei, um Schüler*innen, beispielsweise durch ein regelmäßiges Screening, im Präsenzunterricht zu halten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben freut sich zu hören, dass weitere Möglichkeiten geprüft würden, um Gesundheitsschutz aber auch das Recht auf Präsenzunterricht so maximal wie möglich zur Deckung zu bringen.

Der Antrag der FDP-Fraktion wird in der Sitzung mündlich geändert.

So geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird ~~beauftragt~~ aufgefordert, die Corona Schutzverordnung des Landes, speziell im Kinder und Jugendbereich, ~~so umzusetzen und nicht zu verschärfen~~ ohne zusätzliche Verschärfung umzusetzen.

Konkret sollen Quarantänen in der Kleinkindbetreuung (Kita) und Grundschule nur nach der Corona-Test und Quarantäneverordnung – CoronaTestQuarantäneVO, und Corona Schutzverordnung des Landes NRW verordnet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke zugestimmt

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Datenschutzsensible Software für digitales Lernen in Kölner Schulen" AN/0898/2021

**Antwort der Verwaltung vom 07.06.2021
2113/2021**

Herr Wirth, Volt-Fraktion, lobt die Verwaltung für die schnellen Lösungen.

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Digitale Information an die Eltern über negative Testergebnisse bei Lolli-Tests an Schulen und Kitas" AN/1215/2021

**Antwort der Verwaltung vom 07.06.2021
2181/2021**

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.3 Mündliche Anfrage der AFD-Fraktion betreffend "Covid 19-Testungen von Schülerinnen und Schülern an Kölner Schulen"

**Antwort der Verwaltung vom 22.06.2021
2186/2021**

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.4 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Statusbericht Schulbaumaßnahmenliste, Stand Ende 2020"

**Antwort der Verwaltung vom 11.06.2021
2256/2021**

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.5 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, FDP, Die Linke und Volt betreffend "Sachstand Sanierungsstau an der Tages- und Abendschule (TAS) Köln, Genovevastr. 64-66 und 72 (städtische Gebäude)" AN/1293/2021

**Antwort der Verwaltung vom 11.06.2021
2166/2021**

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt nach, ob der Bauantrag tatsächlich schon gestellt sei, falls nicht, bitte sie um prioritäre Behandlung und ggf. Beantwortung wann damit zu rechnen sei.

Daneben bittet sie darum die Frage der Prüfung, ob das Gebäude sanierungsfähig sei, als Mitteilung im nächsten Ausschuss vorzulegen.

Herr Voigtsberger, Verwaltung, gibt den Hinweis, dass aktuell verwaltungsintern die Situation rechtlich und finanziell nochmal geprüft werde, um zu einer Verfahrensweise zu kommen. Es werde sicherlich auch unter den schulpolitischen und baupolitischen Sprecher*innen eine Absprache und der Abgleich vorgenommen werden, wie sich die Situation – auch im Hinblick auf die Kosten - tatsächlich darstellt. Er bittet das Gremium darum, dies abzuwarten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schieben bedankt sich bei Herrn Voigtsberger und erwähnt, dass die positive Grundstimmung, die bei Fraktionen gegenüber der TAS bestehe, bereits mit aufgenommen sei.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Frage des Bauantrages evtl. im nächsten Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft beantwortet werden könne.

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.6 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Drastischer Ausbildungsabbau aufgrund von Corona" AN/1283/2021

**Antwort der Verwaltung vom 15.07.2021
2556/2021**

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.7 Anfrage der SPD Fraktion betreffend "Fertigstellung und Nutzung des Herrenhauses im Thurner Hof in Köln-Dellbrück" (AN/1148/2021)

**Antwort der Verwaltung von 03.08.2021
2409/2021**

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.8 Anfrage der Ratsgruppe GUT Köln betreffend "Schwimmbäder Prioritär für Nichtschwimmer*innen-Kinderkurse öffnen" AN/1042/2021

**Antwort der Verwaltung vom 11.08.2021
2538/2021**

Herr Seeck, SPD-Fraktion, fragt, warum die durchzuführenden Schwimmkurse nicht aus den Mitteln des Aktionsprogramms Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche für die Jahre 2021/22 finanziert würden und bittet um Erläuterung.

Frau Gorklo-Blameuser, Verwaltung, erläutert, dass dies mit den Rahmenbedingungen zu tun habe und sich in erster Linie auf das Programm Extra-Zeit für Lernen beziehe. Die Kursdauer müsse mindestens 6 Stunden betragen, mindestens 3 Stunden verteilt auf zwei Tage. Das erschien im Ergebnis weder realisierbar noch über die Programme finanzierbar.

Frau Gorklo-Blameuser verweist auf weitere Mitteilungen zum Thema Schulschwimmen, in denen aufgezeigt werde, welche Maßnahmen die Stadt Köln ergriffen habe, die aus städtischen Mitteln finanziert würden.

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.9 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Tablets für alle Schüler*innen sicherstellen"

**Antwort der Verwaltung vom 19.08.2021
2869/2021**

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet um Differenzierung der Defekte bei Tablets nach Softwareproblemen und Problemen nach mechanischen Einwirkungen, um auch die versicherungstechnische Dimension beurteilen zu können.

Frau Gorklo-Blameuser, Verwaltung, teilt mit, dass Unsicherheit über die Pflege der Geräte sowie über die Verluste und Beschädigungen geherrscht habe. Die Verwaltung sei über die ersten Ergebnisse positiv überrascht gewesen und wolle den Sachstand klären. Es werde versucht, die Beantwortung in der Niederschrift aufzunehmen.

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.10 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Politische Bildung und Partizipation von Jugendlichen in den Bezirken" bei 512

**Antwort der Verwaltung vom 24.08.2021
2969/2021**

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, hätte gerne Ende des Jahres einen kurzen Bericht über die Angebote, die im Bezirk durchgeführt wurden sowie über die Planung 2022.

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.11 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "i-Pads für Lehrkräfte"

**Antwort der Verwaltung vom 25.08.2021
2871/2021**

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.12 Mündlichen Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Ablehnende Bescheide für das Anmeldeverfahren inkl. Liste freier Plätze"

**Antwort der Verwaltung vom 25.08.2021
2881/2021**

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.13 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Ausstattung von Räumen in Kindertagesstätten und Schulen mit Luftfiltergeräten" AN/1089/2021

**Antwort der Verwaltung vom 26.08.2021
3004/2021**

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.1.14 Anfrage der Ratsgruppe GUT Köln betreffend "Luftreiniger in Klassenräumen"

**Antwort der Verwaltung
2462/2021**

Die Beantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

3.2 Neue Anfragen

**3.2.1 Programm „Gute Schule 2020“ neu auflegen und fortsetzen?
AN/1756/2021**

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

**3.2.2 Sachstand Sanierungsstau an der Tages- und Abendschule (TAS) Köln, Genovevastr. 64-66 und 72 (städtische Gebäude)
AN/1293/2021**

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Einrichtung des Erweiterungsbaus für das Gymnasium Neue Sandkaul 29, 50859 Köln-Widdersdorf

**Einrichtungsbeschluss
0607/2021**

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Einrichtung des Erweiterungsbaus des Gymnasiums Neue Sandkaul 29, 50859 Köln-Widdersdorf mit Gesamtkosten in Höhe von rund 1.243.265 € (investiver Anteil: 372.979,50 €, konsumtiver Anteil: 870.285,50 €).

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 870.285,50 € sind im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu veranschlagen.

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 372.979,50 € erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans

0301, Schulträgeraufgaben bei Finanzstelle 4013-0301-3-3090.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.2 Verbesserung der Schulinfrastruktur; hier Container für die Elternarbeit, Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen als Empfehlung an den Ausschuss Schule und Weiterbildung 1645/2021

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben erläutert, dass man sich für die nächste Sitzung auf eine Präsentation geeinigt habe.

Frau Ritter, Verwaltung, führt aus, dass gewünscht wurde, über das grundsätzliche Konzept an Familiengrundschulzentren und die zusätzlichen Raumbedarfe zu informieren. Über die Sommerpause habe man sich alle neuen Standorte mit Blick auf Verdichtungsmöglichkeiten angeschaut. In der nächsten Sitzung würde eine kompakte Präsentation vorgestellt werden, die ein Konzept Familiengrundschulzentren sowie die neuen Standorte mit den Verdichtungsmöglichkeiten beinhalte.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, erläutert, dass der Beschluss aus März diesen Jahres vorgesehen habe, Container aufzustellen, damit schon ab Beginn diesen Schuljahres die Elternarbeit fortgesetzt werden könne.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben fragt, welche zeitliche Perspektive es gebe, wenn man positiv votieren würde.

Herr Gräbener, Verwaltung, informiert darüber, dass man zwei Jahre benötige, um Container zu beschaffen und aufzustellen.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

4.3 Zukunftsweisende Vision für die Ausrichtung der Stadt Köln

**Seitens der Verwaltung endgültig zurückgezogen
1908/2021**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben teilt, mit dass einige Fraktionen vorgeschlagen hätten, Verbesserungswünsche zentral im Rat zu sammeln.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, schlägt vor, diese Vorlage in den Stadtentwicklungsausschuss zu schieben. Die Schulausschusssitzung am 04.10.21 solle genutzt werden, um über den schulischen Bereich zu diskutieren.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben schlägt vor, die Vorlage zur nächsten Sitzung zu vertagen. Sollte es ausreichend in anderen Gremien diskutiert worden sein, könne es weiter in den Rat geschoben werden.

Die Verwaltung hat die Beschlussvorlage zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis:

4.4 Modellhafte Öffnung ausgewählter Schulhöfe als Spiel-, Sport- und Bewegungsräume für Kinder, Jugendliche und Erwachsene 0880/2021

Herr Derichsweiler, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begrüßt diese Vorlage und fragt nach, warum ausschließlich Grundschulen als Standorte für diese modellhafte Öffnung vorgesehen seien und ob bei den Öffnungszeiten in den Ferien diese Angebote ab 10 Uhr gelten würden.

Herr Seeck, SPD-Fraktion, freut sich über diese Vorlage. Er wünscht sich bei Neubauten von Beginn an eine andere Konzeption. Bei der Möblierung von Schulhöfen sollten Gerätschaften so angeschafft werden, dass diese auch von Kindern und Jugendlichen im Freizeitbereich genutzt werden könnten.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, begrüßt dieses Modellprojekt. Sie bittet darum, folgende Punkte zu bedenken: Das Feedback der Anwohner solle regelmäßig eingeholt und evaluiert werden. Frau Hauser empfiehlt den Einsatz von beauftragten und befugten Schulpätern/Schulpätern, die Installation einer festen Meldekette. Der ordnungsgemäße Zustand der Spielgeräte benötige genauerer Betrachtung, unklare Verantwortlichkeiten dürften nicht dazu führen, dass Schulleitungen in die Haftungsfalle gerieten, die Öffnung von Schulhöfen dürfe ebenfalls nicht zu Mehrbelastungen für die Schulleitungen werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben teilt mit, dass man mit Blick auf die Evaluation zu diesen Punkt gerne was hören wolle.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, bedankt sich für das Projekt und ist gespannt auf die Evaluation.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben hebt positiv heraus, dass dieses Modell bereits mit finanziellen Mitteln hinterlegt sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

1. beschließt das vorliegende Rahmenkonzept zur modellhaften Öffnung ausgewählter Schulhöfe und beauftragt die Verwaltung mit der Modellumsetzung an neun ausgewählten Schulstandorten, nach Möglichkeit und in Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung der COVID-19-Pandemie sowie bei gesicherter Finanzierung ab dem 01.10.2021 für einen zunächst Zweijahres-Zeitraum bis 30.09.2023.

Die mit der Schulhoföffnung verbundenen konsumtiven Kosten in Höhe von rund 144.736 € werden im Haushaltsjahr 2021 durch Umschichtung von veranschlagten Mitteln des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben, bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen finanziert.

Im Haushaltsjahr 2022 erfolgt eine Finanzierung in Höhe von rund 549.042 € bzw. im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von rund 411.781 € durch Umschichtungen im Rahmen des im Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2022 ff. zugewiesenen Budgets des Dezernates Bildung, Jugend und Sport. Die Mittel werden im Rahmen der unterjährigen Bewirtschaftung im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben bei Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bereitgestellt.

Des Weiteren werden in den Jahren 2022 und 2023 jeweils Mittel in Höhe von 17.500 € über den Teilergebnisplan 0801 – Sportförderung/Unterhaltung von Sportstätten, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, Leitprojekt Sportentwicklungsplanung finanziert.

2. beauftragt die Verwaltung, ihre Erfahrungen und die Ergebnisse der Evaluation durch die Deutsche Sporthochschule Köln in 2023 in den politischen Gremien mitzuteilen und einen Vorschlag, ggf. in Varianten, zur Beendigung, Beibehaltung oder Ausweitung des Modellversuchs zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.5 Schulrechtliche Änderung der drei Grundschulen Ernst-Moritz-Arndt-Schule, EGS Mainstraße 75, 50996 Köln-Rodenkirchen, Albert-Schweitzer-Grundschule, GGS Zum Hedelsberg 13, 50999 Köln-Weiß und der Brüder-Grimm-Schule, GGS Sürther Hauptstraße 149, 50999 Köln-Sürth zum Schuljahr 2022/23 2482/2021

Frau Aengenvoort, CDU-Fraktion, begrüßt die Änderungen der Zügigkeit an den Schulen durch den Neubau der EMA im Kölner Süden und fragt, ob es bereits eine Stellungnahme der Schulkonferenz gebe. Frau Aengenvoort fragt nach, wie groß die Reserve an der Grüngürtelschule sei. Für das Schuljahr 2022/2023 werde an der Gaedestraße noch eine Lösung benötigt. In der Vorlage stehe, dass die Grüngürtelschule in die EMA umziehe und in der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes, dass die Generalsanierung vorgezogen werde. Frau Aengenvoort fragt nach, was hier möglich sei.

Herr Pfeuffer, Verwaltung, erläutert, dass die Sanierung der Räumlichkeiten an diesem Doppelstandort schnell erfolge. Mit dem Umzug der EMA ins Sürther Feld würden zwei Grundschulzüge dazukommen. Wolle man das komplette Potential nutzen, müsse die Grüngürtelschule die räumlichen Kapazitäten nutzen können, die durch den Umzug der EMA freiwerde. Herr Pfeuffer nehme dies als Frage mit. Auf die Frage nach den Containern für die Gaedestraße werde eine Beantwortung zugesagt.

Beschluss:

- 1) Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Zügigkeit der Ernst-Moritz-Arndt-Schule, Evangelische Grundschule, aktuell Mainstraße 75, 50996 Köln-Rodenkirchen, zukünftig Sürther Straße 201, 50999 Köln-Rodenkirchen gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW zum Schuljahr 2022/23 von 3 auf 5 Züge auszubauen.
- 2) Der Rat der Stadt Köln beschließt gleichzeitig, die vorübergehend erhöhte Zügigkeit der Albert-Schweitzer-Grundschule, Zum Hedelsberg 13, 50999 Köln-Weiß gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW zum Schuljahr 2022/23 von 4 wieder auf 3 Züge abzubauen.
- 3) Der Rat der Stadt Köln beschließt gleichzeitig, die vorübergehend erhöhte Zügigkeit der Brüder-Grimm-Schule, Sürther Hauptstraße 149, 50999 Köln-Sürth gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW zum Schuljahr 2022/23 von 5 wieder auf 4 Züge abzubauen.
- 4) Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung die Anträge gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Zügigkeitsänderungen zu den Punkten 1., 2. und 3. zu stellen.

- 5) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung der Beschlüsse zu den Punkten 1., 2. und 3. die sofortige Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.6 Einrichtung des Erweiterungsbaus und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Hildegard-von-Bingen Gymnasium, Leybergstr. 1, 50939 Köln - Sülz im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltsjahr 2022. 1866/2021

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Einrichtung des Erweiterungsbaus des Hildegard-von-Bingen-Gymnasiums Leybergstr. 1, Köln – Sülz mit Gesamtkosten in Höhe von rund 2.280.000 € (investiver Anteil: 1.516.000 €, konsumtiver Anteil 764.000 €). Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 764.000 € erfolgt im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2022 vorgesehen.

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten von rund 1.344.000 € (neue Mensaküche für den Ganzttag (239.000 €), Ausstattung der Unterrichts- und naturwissenschaftliche Räume des Neubaus (950.000 €), technische Ausstattung des Neubaus (155.000 €)) erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus im Haushaltsplan 2022 vorgesehenen Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4013-0301-3-3060 – GYM Leybergstr. 1 –Erweiterung-. Die restlichen investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 172.000 € werden ebenfalls aus im Haushaltsjahr 2022 im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen vorgesehenen Mitteln finanziert.

2. Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2022 eine Mittelfreigabe in Höhe von 1.344.000 € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben für die Einrichtung des Erweiterungsbaus des Hildegard-von-Bingen Gymnasiums Leybergstr. 1, Köln-Sülz, bei Finanzstelle 4013-0301-3-3060 – GYM Leybergstr. 1- Erweiterung.

Die Beschlüsse erfolgen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5 Mitteilungen

5.1 Monitoringbericht 2020: allgemeinbildende Schulen und Berufskollegs, bildungsstatistische Analysen und kommunale Steuerungsansätze 1058/2021

5.1 und 5.1.1 werden gemeinsam behandelt:

Frau Kempken, Verwaltung, berichtet über den Monitoringbericht 2020: Allgemeinbildende Schulen und Berufskollegs sowie Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen.

Behandelt werden die Themen Schulstruktur im Wandel, Ergebnisse und Prozesse an Kölner Schulen, Heterogene Lernausgangslagen an Kölner Schulen und den sonderpädagogischen Förderbedarf.

Anlässlich dieser Präsentation wurden die meisten Kennzahlen des letzten Schuljahres fortgeschrieben.

1. Schulstruktur im Wandel und ihre Herausforderung

Die Schulformbesuchsquote sei eine Kennzahl, die die Verteilung der Lernenden auf die vier weiterführenden Schulformen zeigt. Die Kennzahl werde beeinflusst von dem Schulplatzangebot, d.h. von den Schulformen, der Anzahl ihrer Jahrgänge und von den Schulformpräferenzen der Lernenden beim Übergang in die Sekundarstufe I sowie von deren Verweildauer und deren Schulformwechseln. Die Kennzahl erlaube Aussagen über das angestrebte Bildungsniveau der Lernenden und über den erforderlichen Schulplatzbedarf. Die Aussagekraft sei allerdings immer dann eingeschränkt, wenn den Schulformpräferenzen nicht in ausreichender Weise entsprochen werden kann. Dies sei in Köln bei den Gesamtschulen der Fall.

Zur Entwicklung der letzten 15 Jahre: Die Schulformbesuchsquoten an den Hauptschulen haben sich sehr stark reduziert, die Schulformbesuchsquoten der Gesamtschulen und Gymnasien seien sehr stark gestiegen. Bei den Gymnasien sei zu berücksichtigen, dass die Entwicklung stark überlagere durch den doppelten Abiturjahrgang, der 2013 die Schule verlassen habe. Seither werde eine Fortsetzung dieses Trends bei den Haut- und Gesamtschulen gesehen, während bei den Gymnasien die Kennzahl auf hohem Niveau stagniere. Für die Realschulen erkenne man über den gesamten Zeitraum eine moderate Senkung der Kennzahl. Insgesamt sehe man, dass sich die Akzeptanz des mehrgliedrigen Schulsystems über die Jahre reduziere. Dementsprechend beliefe sich die Summe der Schulformbesuchsquoten für die Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien im Schuljahr 2005/06 auf 84 % und sei bis zum letzten Schuljahr auf 76 % gesunken. Das habe negative Folgen sowohl für die Wirtschaftlichkeit als auch für die Bildungsgerechtigkeit. Es werde eine hohe Konzentration von Bildungsbenachteiligung an den Hauptschulen beobachtet, eine Überbeanspruchung der gymnasialen Infrastruktur und gleichzeitig ungenutzte Hauptschulkapazitäten, man sehe große Klassen vor allen an Gymnasien aber auch an Real- und Gesamtschulen, man sehe auf der individuellen Ebene unerfüllte Schulformen und – Standortwünsche und zunehmend werde eine Knappheit beim Übergang in die Jahrgangsstufen 5 von GL-Plätzen beobachtet. Die Frage nach Gestaltungsmöglichkeiten werde aufgeworfen, was voraussetze, dass man eine konsensfähige Zielperspektive habe. Interessant sei der Blick in die anderen Bundesländer, den die Autorengemeinschaft Nationale Bildungsberichterstattung eröffnet. Man sehe hier, dass neben Nordrhein-Westfalen noch vier andere Bundesländer ein sogenanntes erweitertes traditionelles Schulsystem vorweisen. D. h., dass neben dem mehrgliedrigen Schulsystem von Hauptschule, Realschule und Gymnasium auch noch Schulformen angeboten würden, die mehrere Bildungsgänge unter einem Dach anbieten. Alle anderen 11 Bundesländer hätten sich verabschiedet vom mehrgliedrigen Schulsystem, d. h., es würden hier entweder ein sogenanntes Zweigliedriges Schulsystem angeboten neben dem Gymnasium nur noch eine Schulform, die alle Bildungsgänge unter einem Dach anbiete oder sogenannte zweigliedrig erweiterte Schulsysteme. Hier gebe es neben dem Gymnasium Schulformen, die zwei oder drei Bildungsgänge unter einem Dach anbieten. Interessant in dem Zusammenhang könne sein, dass im Rahmen der Elternbefragung nicht nur nach den Schulformenwünschen gefragt werde, sondern auch nach den Präferenzen für unterschiedlichen Schulsystemen.

2. Schlaglichter auf Prozesse und Ergebnisse

Der Anteil der Lernenden mit verlängerter Verweildauer sei seit dem Schuljahr 2010/11 angestiegen. Am höchsten sei der Wert bei den Hauptschulen mit einem Wert von 8,1 % und am geringsten bei den Gymnasien mit einem Anteil von 1,6 %. Da diese Entwicklung mit einem zeitlichen Mehraufwand für die Schüler*innen und auch mit Mehrkosten für das Schulsystem verbunden sei, müsse sichergestellt werden, dass die Kinder und Jugendlichen davon durch entsprechende Fördermöglichkeiten profitieren. Zudem seien große Klassen mit 30 und mehr Schüler*innen keine Ausnahme. An Gymnasien seien 34 % aller Klassen groß, d. h., es gebe 30 bzw. mehr Lernende in einer Klasse. Das sei überwiegend in den Jahrgangsstufen 5 und 6 der Fall. Aber auch an Realschulen mit 23 % und Gesamtschulen mit 11 % sei der Anteil nicht gering, was allerdings bei diesen beiden Schulformen ganz maßgeblich auch mit dem gemeinsamen Lernen und der Klassengröße zusammenhänge.

Der Anteil der Abgänge ohne Abschluss entwickle sich seit Jahren mit einer Unterbrechung in den Abgangsjahren 2018 und 2019 positiv. So beliefe sich der Anteil im Jahre 2020 auf 2 %, das seien 195 Lernende. Allerdings solle bei dieser Einschätzung nicht aus dem Blick geraten, dass die Gesamtzahl der Lernenden mit ungünstigem Start Chancen in Ausbildung und Beruf deutlich höher sei und sich im letzten Abgangsjahr auf ca. 11 % belief. (11 % ergebe sich, wenn man neben den Abgängen ohne jeglichen Abschluss i.H.v. 2 % zusätzlich die Abgänge mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen und geistiger Entwicklung berücksichtige i.H.v. 2,4 % und 4,7 % Abgänge von Lernenden mit Hauptschulabschluss nach der Klasse 9).

Zum Punkt „Die Sozioökonomische Herkunft beeinflusst die Bildungschancen“ zeige sich zum einen ein statistischer Zusammenhang zwischen der Schätzung der schul-scharfen SGBII-Quote, zum anderen die verschiedenen bildungsstatistischen Kennzahlen wie der Anteil der Lernenden mit Entwicklungsbeeinträchtigung Lernenden an den Schulen, der Verweildauer, der Schulformempfehlungen und der Abgänge ohne Abschluss.

3. Heterogene Lernausgangslagen an Kölner Schulen

Hier seien zusätzlich zu den Durchschnittswerten auch die Minimal- und Maximalwerte dargestellt, um die Unterschiede zwischen den einzelnen Schulstandorten zu verdeutlichen. Bei den Grundschulen seien im kleinsten System 100 Grundschüler*innen unterrichtet worden, während im größten Grundschulsystem 521 Kinder unterrichtet würden. Der Anteil der SGBII-Bezieher belaufe sich bei der am wenigsten stark herausgeforderten Grundschule auf nur 1,5 %, während bei der am stärksten herausgeforderten Grundschule ca. 60 % der Kinder SGBII-Leistungen beziehen. Der Mindestwert für die Kennzahl Anteil Lernender ohne deutschen Pass belaufe sich auf 1,4 % der Maximalwert auf 91,5 %. Der Minimalwert für Lernende mit nicht deutscher Familiensprache belaufe sich auf 0,9 %, der Maximalwert auf 38,4 %. Der Minimalwert für Lernende mit eigener Zuwanderung belaufe sich auf 0,9 %, der Maximalwert auf 42 %. Der Minimalwert für Lernende mit Lern- und Entwicklungsbeeinträchtigungen belaufe sich auf 0 %, der Maximalwert auf 21 %.

Bei den weiterführenden Schulen zeige sich ein ähnliches Bild mit Blick auf die hohen Spannweiten und klar sei auch, dass bei den weiterführenden Schulen die am stärksten herausgeforderten Schulen die Hauptschulen seien.

Die Verwaltung trage den unterschiedlichen Bedarfslagen Rechnung und ergänze im Rahmen der kommunalen Ressourcensteuerung qualitative Überlegungen auch um die Kenntnisse z. B. hinsichtlich der armutsbedingten Ausgangslagen. Dies geschehe z.B. in den Bereichen Schulsozialarbeit, im Rahmen verschiedener Maßnahmen im

Zusammenhang mit der Digitalisierung an Schulen, im Bereich offener Ganztage und auch bei der Bemessung von Schul-Sekretariatsstellen. Dieser Ansatz werde von der Verwaltung konsequent weiterverfolgt, indem z.B. immer wieder neue Maßnahmen auf eine Eignung auf eine sozialindizierte Steuerung hin überprüft würden, aber auch indem weitere Bedarfskennzahlen entwickelt würden.

4. Mehr Diagnosen „sonderpädagogischer Förderbedarf“

Die Förderquote sei der Anteil der Lernenden mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf an allen Lernenden in den Jahrgangsstufen 1 – 10. Die Förderquote beliefe sich im Schuljahr 2005/2006 auf 6,1 % und sei bis zum letzten Schuljahr auf fast 9 % angestiegen. In absoluten Zahlen sei das ein Plus von 2500 Kindern und Jugendlichen bzw. von 44,4 %. Bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung würde in zwei bis drei Jahren für jeden zehnten Lernenden eine fehlende Passung zwischen seinen individuellen Lernmöglichkeiten und dem Schulsystem festzustellen sein.

5. Förderquote steigt in allen Förderbereichen außer Sehen

Diese Entwicklung lasse die Frage nach der Ursache immer dringlicher werden. Vor allem auch, ob die sonderpädagogische Förderung wirklich bei allen betroffenen Kindern und Jugendlichen tatsächlich immer die geeignete Unterstützungsform sei. Hier wäre ein guter multiprofessioneller Blick wünschenswert, der frühzeitig auch die kommunalen Bildungsressourcen z. B. aus dem Bereich der Jugendhilfe, des Schulpsychologischen Dienstes und auch der gesundheitlichen Dienste mit einbeziehe.

Es werde deutlich, dass alle Förderbedarfe vom Anstieg betroffen seien, mit Ausnahme des Förderschwerpunktes Sehen. Unterschiede würden sichtbar in Bezug auf das Ausmaß der Zunahmen und auf den Verlauf. Besonders ins Auge falle dabei die Entwicklung im Förderschwerpunkt Lernen. Nach einem sehr starken Rückgang in den ersten Jahren sei ein derart starker Anstieg zu verzeichnen, dass fast das Ausgangsniveau aus dem Schuljahr 2005/2006 wieder erreicht werde. Im Gegensatz hierzu sehe man in dem Bereich emotionale und soziale Entwicklungsbeeinträchtigung starke Zunahmen in den ersten Jahren und ein Verharren auf hohem Niveau in den letzten Jahren, während bei den Förderschwerpunkten Sprache und geistige Entwicklung ein stetiger und deutlicher Anstieg zu beobachten sei. Außerdem werde nochmal deutlich, dass 75% aller Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Bereichen Lernen und Entwicklungsbeeinträchtigungen gefördert würden, die gemäß der Studienlage überwiegend aus sozial prekären Verhältnissen stammen.

6. Differenzierung der Förderquote nach Lernort

Die Inklusionsquote gebe den Anteil der Lernenden mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den Regelschulen an, der Anteil habe sich in den letzten Jahren auf einen Wert von 4,9 % vervielfacht. Der Anteil der Lernenden der Förderschüler aller Schüler der Jahrgangsstufen 1 – 10, wobei ein Rückgang bis zum Schuljahr 2017/2018 auf einen Wert von 4 % und ein Stagnieren auf diesem Wert seither. Die Entwicklung der Exklusionsquote sei überwiegend durch die Entwicklung im Förderbereich Lernen verursacht. Hier sei ein Rückgang der Exklusionsquote von 2,3 % auf einen Wert von 0,9 % zu verzeichnen.

Bei dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung sei der Förderschwerpunkt gestiegen, hier sei ein Anstieg von 0,58 % auf 0,63 %, das entspräche 83 Schüler*innen bzw. einem Plus von 17 %.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben dankt Frau Kempken für den Vortrag.

Herr Bauer-Dahm, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bittet um Klärung bezüglich Stagnation der Exklusionsquote bei 4 %. Herr Bauer-Dahm könne sich nicht vorstellen, dass diese nur noch sinnes- und körperbehinderte Kinder seien. Er möchte wissen, welche Einschränkungsarten sind dahinter verbergen.

Frau Kempken, Verwaltung, teilt mit, dass alle Förderschwerpunkte betroffen seien. Der überwiegende Anteil der Reduktion sei auf den Förderbereich Lernen zurückzuführen.

Herr Bauer-Dahm, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erwidert, dass dies jedoch nicht die Stagnation erkläre.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben ergänzt, die Förderschulen des LVR stellten einen Run aus dem gemeinsamen Lernen zurück zu den Förderschulen dar. Diese Zahlen könne man nicht separat von der Entwicklung in Köln belegen. Es seien vor allem Kinder, die sagen würden, dass sie eine bessere Förderung in einer Förderschule hätten als im gemeinsamen Lernen. Herr Dr. Schlieben könne sich an einzelnen Zahlen nicht erfreuen und würde sich lieber die Qualität im Unterricht anschauen. Dieser reiche im gemeinsamen Lernen in der Stadt Köln nicht. Es müsse geklärt werden, was die Stadt Köln im Zuge der Inklusion verbessern könne.

Herr Dr. Zimmermann, CDU-Fraktion, bedankt sich für die Offenheit der umfangreichen Analyse der Bildungs- und Schulsituation in Köln. Er drückt seine Betroffenheit über die mitgeteilten Zahlen aus und zitiert drei Punkte:

1. „Bei immer mehr Lernenden ist eine Beeinträchtigung der Entwicklungs- und Lernmöglichkeit festzustellen“. Diese Feststellung sei deckungsgleich mit der Einschätzung vieler Lehrkräfte, Schulpsychologen und Kinderärzten vor Corona.
2. „Die Frage nach den Ursachen einer Entwicklung, in der für immer mehr Schüler*innen eine fehlende Passung zwischen individueller Lernmöglichkeit und Bildungssystem festgestellt wird, wird dringender.“ Dies sei so ähnlich, wenn Mercedes oder VW sagen würde, man habe für immer weniger Kunden die passenden Autos.
3. „Nach dem Schuljahr 2005/2006 haben die Förderquoten und Schülerzahlen aller Förderschwerpunkte außer Sehen und Lernen zugenommen.“

Man habe damit eine sehr unbefriedigende Analyse. Herr Dr. Zimmermann stellt fest, dass über Jahre Förderschulen geschlossen worden seien, es keinen Platz für Mehrklassen an Schulen gebe und es an Sporthallen, Schwimmzeiten, Fach- und Begegnungsräumen fehle. Es sei erstmalig zugegeben worden, dass die durchschnittliche Klassengröße an Gymnasien und Realschulen den Richtwert von 27 überschreite, und vor allen Dingen mehr als ein Drittel der Gymnasialklassen und ein Viertel der Realschulklassen überschritten selbst den Klassenfrequenzhöchstwert.

Er möchte ein Blick auf die Zukunft richten und als Fazit vorschlagen, parteiübergreifend zu diesem Bericht eine Sondersitzung mit Fachleuten zu machen, um diese Analyse zu vertiefen und Wege aus dieser Situation zu finden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben begrüßt diesen Vorschlag.

Frau Helmig, SPD-Fraktion, bedankt sich für die Berichterstattung und möchte hervorheben, dass die sozioökonomische Herkunft ganz erheblich die Bildungschancen beeinflusst. Frau Helmig fragt zur Bemerkung betreffend Schulsozialarbeit nach. Es sei hervorgehoben worden, dass man eine bedarfsorientierte Steuerung habe und dies auch weiter verfolgt werde. Gleichzeitig sei gesagt worden, dass die sozialinzierte Steuerung noch ausbaufähig sei. Frau Helmig fragt, wie sehr man diese bedarfsorientierte Steuerung zukünftig auch an den sozioökonomischen Lagen der jeweiligen Schulen ausrichte. Es wurde erwähnt, dass alle Förderbedarfe außer Sehen zuneh-

men würden. Im Kölner Lebenslagebericht wurde mitgeteilt, dass der Förderbedarf bei allen Schüler*innen im Schuljahr 2018/2019 gesunken und dies insgesamt eine positive Entwicklung sei. Frau Helmig möchte geklärt haben, ob sich diese beiden Aussagen nun widersprechen oder auf unterschiedlichen Zahlen basieren würden.

Herr Pfeuffer, Verwaltung, erläutert, dass der schulscharfe Sozialindex bereits eingesetzt würde, wenn es darum gehe, Schulsozialarbeit zu steuern. Man habe sich auch mit Diskussionen im Ausschuss für Schule und Weiterbildung und im Jugendhilfeausschuss darauf verständigt, mit Blick auf die großen Unterschiede dorthin zu steuern, wo es der gemeinsamen Einschätzung nach besonders notwendig sei. Ausbaufähig sei es natürlich noch in dem Sinne, dass man überlegen könne, an der einen oder anderen Stelle noch mehr zu investieren.

Zur Frage nach der Multiprofessionalität teilt Herr Pfeuffer mit, dass es Überlegungen gebe, diese Thematik der Multiprofessionalität an den Schulen noch stärker zu betonen. In Schulen gehe es nicht nur darum, dass die Lehrer*innen gut aufgestellt seien, sondern sich das mit Schulsozialarbeitern, mit der Jugendhilfe, mit Erziehungsberatern, mit Schulbegleitungen, auch z. B. mit gesundheitlicher Förderung vernetzen müsse. Es gebe eine Fachdiskussion, dass in dieser Multiprofessionalität in Schule durchaus noch Potential sei.

Bei der letzten Frage von Frau Helmig weist er auf ein Missverständnis hin. Die Verwaltung habe an einer Stelle festgestellt, dass die Schüler*innen ohne Schulabschluss bzw. ohne Hauptschulabschluss in den vergangenen Jahren gesunken seien und zwischenzeitlich unter dem Landesdurchschnitt gelegen hätten. Hier müsse man abwarten, wie die Pandemiesituation, die sich in den Zahlen noch nicht abbilde, auf solche Entwicklungen auswirke und gleichzeitig sei die Zahl der Kinder mit Förderbedarf gestiegen. Man könne diesbezüglich aber gerne auch nochmal sprechen.

Frau Hölzig, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bedankt sich für das umfangreiche Papier und die darin enthaltenen zahlreichen Fakten. Sie bittet darum, dieses zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufzugreifen. Frau Hölzig würde sich über eine vertiefte Diskussion freuen und wolle prüfen, welche Situation man habe, wo man Defizite sehe und ob man zu den gleichen Ergebnissen wie die Verwaltung komme. Sie möchte ebenfalls Zahlen aus dem Landschaftsverband berücksichtigen. Weiterhin solle man den Jugendhilfeausschuss mit einbeziehen, da frühe Förderung selbst im Kindergarten wichtig sei.

Frau Hölzig regt an, die Schülerklassengröße in der Klasse 7 zu prüfen, da Haupt- und Realschulen sich in der 7. Klassen füllen würden und nicht in der 5. oder 6. Klasse, damit keine verzerrten Schlussfolgerungen entstünden.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, möchte ebenfalls vertieft über verschiedene Aspekte, insbesondere über die Inklusion, beraten. Er weist darauf hin, dass Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss oder einer mittleren Reife weitere Probleme hätten, die auch in dem Bericht aufgenommen seien und der Bericht auf das Problem des Übergangsystems hinweise. Nach der Autorengruppe des Bildungspaneels durchlaufen 26 % der Schulentlassenen mit maximal dem mittleren Schulabschluss Übergangsprozesse, lange Verweildauer im Durchschnitt fast zwei Jahre im Übergangssystem, Unterbrechung mit Phasen der Arbeitslosigkeit, ungelernter Erwerbstätigkeit. Man solle im Ausschuss für Schule und Weiterbildung auch darüber sprechen.

Herr Kockerbeck greift die Frage der Kultur des Behaltens auf, die offiziell angestrebt werde sowie das Abschulen, da eine Verschlechterung der Situation eingetreten sei. 460 Kinder seien in diesem Schuljahr auf Real- oder Hauptschulen abgeschult wor-

den. Er stellt an die Autor*innen des Berichtes die Frage, wie es ermöglicht werde, Schüler*innen zu fördern, so dass das Verlassen einer Schule nicht nötig sei.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, erläutert, man könne schon nicht ausreichend Schulplätze für Basisunterricht zur Verfügung stellen und wundere sich dann auch nicht darüber, dass der Inklusionsunterricht mangelhaft ausgeführt werde. Man müsse Schulen bauen, damit ausreichend Schulplätze zur Verfügung stehen. Solange nicht genügend Platz in den Klassen vorhanden sei, gingen die Kinder wegen einer besseren Betreuung zurück in den Förderunterricht. Frau Ruffen merkt an, dass eine gute Ausbildung wichtig sei. Durch die Nichtmöglichkeit der Kontaktaufnahme und Kennenlernens durch Corona sei das Verfahren, einen Ausbildungsplatz zu finden, erheblich erschwert worden.

Frau Butterwege, Fraktion Die Linke, bedankt sich für den informativen Bericht. Es sei grundsätzlich ein Problem Unterricht in Klassen, die den maximalen Richtwert überschreiten, abzuhalten. Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf gingen zurück in Förderschulen, weil die Förderung in den Regelschulen unter diesen Bedingungen nicht möglich sei. Der Sozialindex Praxis sei sehr vorbildlich und greife in vielen Punkten, es könne jedoch auch in Richtung Schulbau noch mehr passieren. Das Land sei wiederum in der Verantwortung, mehr Lehrerressourcen folgen zu lassen.

Frau Browsers, Volt-Fraktion, schlägt eine Sondersitzung mit allen Fraktionen vor, um gemeinsame Lösungen zu erarbeiten.

Herr Albrecht, Stadtschulpflegschaft, fragt nach den Ablehnungsquoten der inklusiven Schüler. Es seien bisher nur die Zahlen der Gesamtschulen genannt mit dem Hinweis, dass die Zahlen der anderen weiterführenden Schulen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht genannt werden dürften. Zum anderen, wenn man die Inklusionsquote des Landes betrachte, d. h., 25 Schüler, 3 davon inklusiv beschult, 1 ½ Lehrer, wie viele Schulen oder Klassen würden unter dieses Merkmal fallen. Herr Albrecht erläutert, dass unter diesen Gesichtspunkten andere Zahlen vorliegen müssten.

Herr Pfeuffer, Verwaltung, erklärt, dass er die Frage nach den datenschutzrechtlichen Problemen nicht einordnen könne und ein Missverständnis sei. Es gebe Daten, die der Verwaltung in der Schulstatistik nicht vorlägen. Er biete an, dass man darüber erneut sprechen könne.

Herr Albrecht, Stadtschulpflegschaft, erwähnt, dass die Informationen vorliegen müssten. Es gebe für den sonderpädagogischen Förderbedarf spezielle Anmeldeverfahren. Diese Zahlen könne man nicht ausrechnen, wenn man nicht wisse, wie viele Schüler*innen sich angemeldet hätten. Dann müsse man auch wissen, wie viele Ablehnungen es gegeben habe.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben bittet um Rückmeldung zu Protokoll oder zur nächsten Sitzung.

Herr Pfeuffer, Verwaltung, führt zum Thema Klassenfrequenzen aus, dass die Schulen einzelne Klassen bilden, in denen die Schüler*innen mit Förderbedarf bevorzugt beschult werden und dort versucht werde, die Klassen möglichst klein zu halten. Dafür würden andere Klassen im System etwas höher ausgestattet. Die Inklusionsformel des Schulministeriums, die auf 25 Schüler*innen je Klasse in GL-Schulen abhebt, sei schulrechtlich noch nicht umgesetzt. Es gelte aktuell der Klassenfrequenzwert von 27 an Gymnasien, Gesamtschulen und Realschulen. Aber auch darüber biete er Herrn Albrecht ein Gespräch an.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.1.1 Monitoring Stadtentwicklung Köln: Freischaltung der Anwendung, Veröffentlichung von Inhalte und Methoden-Bericht sowie Ergebnisband 2407/2021

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.1.2 Bildungsmonitoring: Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen, Stand 2020/21 2451/2021

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.2 Einschulungshilfe für Schulanfänger*innen zum Schuljahr 2021/ 2022 2223/2021

Frau Dr. Butterwegge, Fraktion die Linke, begrüßt die 100 € für Köln-Pass-Empfänger für Schulanfänger*innen und bittet um Prüfung, ob eine solche Einmalzahlung für alle anderen Schulanfänger*innen machbar wäre.

Frau Ritter, Verwaltung, erläutert, sie nehme die Frage mit und gebe eine Rückmeldung.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.3 Sonder-Schwimmlern-Programm 2305/2021

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sieht es als problematisch an, dass Schwimmassistent*innen auch bei Fehlen der zweiten Lehrkraft unter Umständen vollwertig als Ersatz eingesetzt würden. Es bestünde hierbei die Gefahr, dass die zweite Lehrkraft eingespart würde. Die Aufsichtspflicht könne aber nicht auf Schwimmassistent*innen übertragen werden. Sie bittet daher um Prüfung, wie oft nur eine Lehrkraft beim Schwimmunterricht eingesetzt wird.

Herr Dr. Zimmermann, CDU-Fraktion, regt an, die Kosten der Schwimmkurse der KölnBäder GmbH in Zeiten der Pandemie zeitweise auszusetzen.

Frau Gorklo-Blameuser, Verwaltung, teilt mit, dass die Entscheidung, in welchem Umfang und zu welchen Konditionen Schwimmkurse durch die Köln Bäder angeboten würden, durch die Köln-Bäder GmbH getroffen werde. Hier habe die Stadtverwaltung Köln keinen Einfluss. Diesbezüglich könne allenfalls die Bitte aufgegriffen werden.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.3.1 Sachstand Sonder-Schwimmlern-Programm nach den Sommerferien 3025/2021

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.4 Sportentwicklungsplanung: Sportstättenmanagementsystem 2306/2021

Herr Seeck, SPD-Fraktion, bittet die Verwaltung, auch mit dem Stadtsportbund daran zu arbeiten, gezielt auf Vereine zu achten, die auch im Schulumfeld agieren. Durch das Angebot von AGs werde der Übergang in den Vereinssport vereinfacht und Fahrwege vermieden.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.5 Volkshochschule Köln startet mit neuem Programm 2390/2021

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.6 Statusbericht Schulbaumaßnahmenliste, Stand: 31.12.2020 0398/2021

Frau Dr. Butterwegge, Fraktion Die Linke, fragt zum Thema Offene Ganztagschule (OGS) nach, wann bauliche Investitionen für Mensen und Essensräume getätigt werden müssen und ob der Rechtsanspruch erfüllt werden könne.

Herr Voigtsberger, Verwaltung, teilt mit, dass dieses Thema vorab im Verwaltungsvorstand besprochen werde und im Anschluss die schulpolitischen Sprecher informieren würde.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.7 Umsetzung des Projekts "Optimierung der städtischen Fördermittel- vergabe" 1663/2021

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.8 Zusätzliche Schüler*innenplätze in den Eingangsklassen der Kölner Schulen zum Schuljahr 2022/23 2420/2021

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben lobt die Verwaltung über die Klarstellung von neuen Schulplätzen. Herr Dr. Schlieben betont, dass die Summe an Gesamtschulplätzen nicht ausreichend sei. Herr Dr. Schlieben wünscht sich auch für das Schuljahr 2022/2023 Interimsstandorte für Gesamtschulen.

Herr Albrecht, Stadtschulpflegschaft, erläutert, dass die Lise-Meitner-Gesamtschule in der Sekundarstufe 1 zweizügig erweitert werden sollte. Herr Albrecht fragt nach, ob die Verzögerungen durch die unfertige Grundschule Breitenbachstraße zustande kämen.

Herr Gräbener, Verwaltung, erläutert, dass dieses mit der Kapazität des Schulgebäudes in der Stresemannstraße zu tun habe, aus dem die Grundschule Breitenbachstraße ausziehe. Zudem würden weitere Gespräche mit der Schule über den weiteren Verlauf stattfinden.

Herr Albrecht, Stadtschulpflegschaft, gehe immer noch davon aus, dass eine zweizügige Erweiterung stattfinden würde. Er kenne die Stresemannstraße und es gäbe eine Spiegelung der Räume, jeder Klassenraum habe einen gleichgroßen OGS-Raum.

Wenn man diese Räume in Schulräume umwandle, könne man mehrere 100 Schüler unterbringen.

Herr Gräbener, Verwaltung, erwidert, die Kapazitäten seien dafür nicht ausreichend. Auch im Bestandsgebäude seien bestimmte Anforderungen zu erfüllen. Die Raumkapazitäten seien sowohl intern als auch mit der Schulleitung überprüft worden.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erläutert, die Information betreffend der 27 neue Schulplätze an Gesamtschulen trübe diese an sich schöne Mitteilung. Für die Fitz-Maurice-Schule sei ebenfalls ein Interim angedacht gewesen. Sie bedauere die schleppende Vorgehensweise.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, verweist auf TOP 5.23-Salzbürger Weg, für den im letzten Schulausschuss ein Standort vorgeschlagen wurde.

Herr Voigtsberger, Verwaltung, teilt mit, dass kein Dissens bestehe. In diesem Plan seien aktuell und auch in der Zukunft zu wenige Gesamtschulplätze. Er betont, dass die Verwaltung dringend Fläche brauche, um bauen zu können. Nur mit mehr Baufläche würden die hohen Ablehnungszahlen in den Griff zu bekommen sein. Er erinnert an den Appell des Schulpaktes: Wir alle, und dazu zähle er nicht nur die Kommunalpolitik und -verwaltung, sondern auch die Landespolitik, Industrie und Investoren, müssen versuchen, gemeinsam Flächen zur Verfügung zu stellen, um Schulplätze und auch Gesamtschulplätze zu schaffen.

Durch den Schulausschuss sei die Verwaltung aufgefordert worden, auf der Wilhelm-Schreiber-Straße eine Interimsfläche für den vorgezogenen Start der Fitz-Maurice-Straße zu prüfen, was aktuell durch die Gebäudewirtschaft geprüft werde.

Frau Naegele, SPD-Fraktion, erläutert, dass durch die momentane Vorgehensweise Standorte verloren gingen. Man müsse auch den Elternwillen stärker in den Fokus nehmen, die ihre Kinder an einer Gesamtschule anmelden wollen. Sie Sorge sich darum, dass Standorte verloren gingen, wie bspw. aktuell in Kalk oder durch Fehlentscheidungen, wie in Rondorf, dass Flächen nicht genutzt würden. Hier appelliert sie an das Gremium, diese Sachverhalte zukünftig strenger zu prüfen, um schneller an Gesamtschulplätze zu kommen.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.9 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grundschule im Stadtbezirk Ehrenfeld 1893/2021/2

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.10 Stadtradeln 2021 1887/2021

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.11 Ausbau und Instandhaltung des Schwimmangebotes an Kölner Schulen 2063/2021

Herr Seeck, SPD-Fraktion, wünscht sich eine Mitteilung zur Thematik „Schwimmbecken an der Anna-Freud-Schule“.

Herr Gräbener, Verwaltung, teilt mit, dass diese Schule in der Liste der zu begutachtenden Lehrschwimmbecken enthalten sei. Die Priorität, welche betreffend der Begutachtung mit der Gebäudewirtschaft vereinbart sei, wäre abhängig von dem Zustand der Lehrschwimmbecken. Aufgrund des maroden Zustandes stehe dieses Lehrschwimmbecken ganz oben auf der Liste.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.12 Umgang mit Corona in Schule 2012/2021

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, erläutert, dass 80 % der Lehrer*innen und der weiteren Beschäftigten an weiterführenden Schulen erst ihre Erstimpfung erhalten hätten, und es gebe keine Zahl zur Zweitimpfung. Es müssten jedoch viel mehr Zweitimpfungen vorhanden sein. Eine aktuelle Zahl könne im Protokoll mitgeteilt werden.

Frau Ritter, Verwaltung, teilt mit, dass tatsächlich 11.000 Lehrer*innen in Köln, was sich zum einen auf die Grund- und Förderschulen, aber auch auf die weiterführenden Schulen beziehe. Darüber hinaus wurde allen anderen Beschäftigten an Schulen ein Impfangebot gemacht. Dies müsse sich hier um eine veraltete Information handeln, die in der Niederschrift aktualisiert werden könne.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

Antwort der Verwaltung: Die Anzahl geimpfter, bzw. immunisierter Lehrkräfte lässt sich leider nicht genau ermitteln, auch nicht prozentual.

5.13 Welche Grundschulempfehlungen hatten die an den Gesamtschulen zum Schuljahr 2021/22 abgelehnten Schüler*innen? - Ergebnis einer Ab- frage bei den Gesamtschulleitungen 2289/2021

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, fragt nach dem Stellenwert der Grundschulgutachten und deren Aussagekraft. Von Bedeutung sei, in welcher Lage sich eine Gesamtschule befinde, da die Gesamtschulen für alle Bevölkerungsschichten von Bedeutung seien.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.14 Abschlussbericht Projekt Bildungskoordination für Neuzugewanderte (Projektende 30.06.2021) 2444/2021

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.15 talentCAMPus 2021 - "Ich bin Du" 2697/2021

Herr Voigtsberger, Verwaltung, betont, wie herausstellenswert und wichtig diese Veranstaltung in der Trude-Herr-Gesamtschule sei. Dadurch würde man sehr viele Kinder erreichen.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.16 Schulentwicklungsplanerische Einschätzungen zu möglichen Entwicklungsperspektiven des Schulstandortes Helene-Weber-Platz in Brück und dem Fortbestand der Kurt-Tucholsky-Hauptschule
2422/2021**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.17 House of Resources in Köln
2804/2021**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.18 Umsetzung des Bundesprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" durch die Stadt Köln
2694/2021**

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, fragt, ob die Angebote kostenfrei oder gebunden seien.

Frau Ritter, Verwaltung, erwidert, dass bei den Angeboten, die sich durch Extra-Zeit zum Lernen durch die Förderrichtlinien umsetzen ließen, es stets kostenlose Angebote gewesen seien.

Die Förderrichtlinie Extra-Zeit zum Lernen sei bereits umgesetzt und fließe in ein größeres Förderprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“. In diesem Zusammenhang gebe es unterschiedliche Fördertöpfe und man sei mit allen Beteiligten in der Stadtverwaltung befasst, wie man die einzelnen Förderrichtlinien umsetze.

Herr Jansen, Stadtschulpflegschaft, teilt mit, dass die Eltern gerne wissen würden, wie die Entscheidung gefallen sei, welche Träger für die Maßnahmen "Extra-Zeit" an den Schulen ausgewählt werden konnten.

Eltern hätten berichtet, dass an einem Gymnasium als Träger nur die "Schülerhilfe" zur Auswahl stünde und die Schüler*innen je 6 Stunden Nachhilfe bekämen. Er möchte geklärt haben, ob es eine Zusammenarbeit mit den Eltern gegeben habe.

Frau Ritter, Verwaltung, erläutert, dass vielfältige Angebote auf den Weg gebracht wurden. Diese Anträge seien über den Schulträger an die Bezirksregierung gerichtet worden. Es läge eine Stellungnahme der Stadtschulpflegschaft mit vielfältigen Fragestellungen vor. Frau Ritter betont, dass viel Mühe in die Umsetzung gesteckt werde und viele Ressourcen damit verbunden seien, die aktuell noch nicht vorhanden seien. Weitere Fragestellungen und Bedarfe müssten im Nachgang beantwortet werden.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.19 Verbesserung der Verpflegungsqualität des Mittagessens an Kölner Schulen
3014/2021**

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bedankt sich für die Vorlage und teilt mit, dass die Ökotrophologin nun seit einem Jahr im Amt sei und erste Aktionen bezüglich der Verbesserung und Qualität der Schulverpflegung geplant seien. Frau Hölzing hofft, dass die Ergebnisse noch Ende dieses Jahres vorgestellt werden können.

Herr Kockerbeck, FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass er im Rahmen des Tages der Jugend gemeinsam mit Herr Seeck, SPD-Fraktion, eine Klasse an der Trude-Herr-Gesamtschule betreut habe, die sich dieses Thema als Schwerpunkt im Unterricht ausgewählt habe. Herr Kockerbeck ist der Meinung, dass dieses Thema eine sehr große Relevanz habe und freue sich, dass die Verwaltung sich dieses Projekt annehme.

Herr Seeck, SPD-Fraktion, bestätigt die Aussage von Herrn Kockerbeck und dankt der Stadtschulpflegschaft für die Spiegelung der Vorkommnisse.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.20 Neubau Hölderlin
3009/2021**

Diese Vorlage wurde unter TOP 2.1 mit behandelt.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.21 Sachstand zu Anträgen und Anfragen des Ausschusses Schule und Weiterbildung - Stand 25.08.2021
3060/2021**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.22 "Fördermittelabruf und -einsatz"
3054/2021**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**5.23 Parkplatz Salzburger Weg in Köln-Junkersdorf - zu AN/1093/2021 (TOP 2.5 des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom 07.06.2021)
2805/2021**

Herr Pfeuffer, Verwaltung, teilt mit, dass formuliert sei, dass der Standort Salzburger Weg aktuell nicht notwendiger Weise gebraucht werde. In der Schulentwicklungsplanung seien die Bedarfe im Stadtbezirk Lindenthal mit Zusestraße und Aachener Straße dargestellt. Aufgrund einer neuen Bevölkerungsprognose im kommenden Jahr müsse geprüft werden, wo die begrenzten Ressourcen am stärksten einsetzt werden.

Frau Ruffen, FDP-Fraktion, fragt nach, ob auch genügend Gesamtschulplätze in dem Stadtbezirk vorhanden seien.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, erläutert, dass durch diese Mitteilung offiziell dokumentiert habe, dass dort kein Grundstück benötigt würde. Perspektivisch müsse dies jedoch in die Planung mit aufgenommen werden. In Lindenthal sei kein Mangel an Gesamtschulplätzen, in Ehrenfeld jedoch 202 Plätze zu wenig vorhanden gewesen. Hier werde nun ein Gymnasium mit einer Gesamtschule verrechnet und man wisse nicht, wie die Entscheidung der Eltern ausfalle.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Schlieben bittet darum, diesen Punkt erneut mit auf die nächste Tagesordnung zu setzen.

Frau Hölzing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, schließt sich dem Vorschlag an. Frau Hölzing erinnert daran, dass Gesamtschulen ein großes Einzugsgebiet hätten und diese Fläche ursprünglich für Wohnungsbau eruiert wurde.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.24 „Multilingualität von Anfang an -Aktuelle Übersicht zu Angeboten und Sprachfördermöglichkeiten von Mehrsprachigkeit in der Stadt Köln“ 2930/2021

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

5.25 Resolution der Bezirksvertretung Chorweiler hier: Verlegung der dritten Klasse des Schuljahres 2021/22 der GGS Amandusstraße in Köln Rheinkassel nach Köln Merkenich AN/1652/2021

Die Bezirksvertretung Chorweiler hat nachfolgende Resolution beschlossen und gegeben, diese dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur Kenntnis zu geben. Dies ist in der Sitzung erfolgt.

Resolution:

Die Bezirksvertretung wünscht, dass die Möglichkeiten geprüft werden die Kinder der dritten Klasse der GGS Amandusstraße auch im Schuljahr 2021/22 am Standort zu beschulen.

Die Bezirksvertretung regt an, dass alle Klassen 1 bis 4 durchgängig am Standort Amandusstraße beschult werden.

Die Bezirksvertretung spricht sich gegen sämtliche Schulschließungen im Stadtbezirk Chorweiler aus.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung unterstützt die vorliegende Resolution dahingehend, dass der Schuldezernent gebeten wird, diese an die zuständige Bezirksregierung weiterzuleiten.

Der Ausschussvorsitzende Dr. Schlieben wünscht zu gegebener Zeit eine Rückmeldung an den ASW.

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Verbesserung der Schulinfrastruktur"

hier: Container für die Elternarbeit

Da ja die von der BV Rodenkirchen beschlossenen Container (heutiger Top 4.2.) nicht zur Verfügung stehen: Kann die am Standort Meschenich besonders notwendige Elternarbeit momentan zumindest ansatzweise stattfinden oder gibt es Angebote, die leider zurzeit wegfallen?

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

6.2 Mündliche Anfrage der Fraktion Die Linke betreffend "Ausstattung der Schulen mit digitalen Dienstgeräten für Lehrer*innen 2020/2021"

Gab es bei der Ausstattung der Schulen mit digitalen Dienstgeräten für Lehrer*innen 2020/2021 für die Schulen eine Wahl zwischen Tablet-Computern und für den Dienstgebrauch nach weit verbreiteter Meinung besser nutzbaren Laptops?

Gibt es in Köln ggf. Schulen, an denen auf diese Weise Lehrer*innen Laptops als Dienstgeräte erhielten?

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

6.3 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Bau einer bundesligatauglichen Sporthalle in der Gesamtschule Höhenhaus"

Im Juni 2019 haben die demokratischen Fraktionen in einem interfraktionellen Antrag den Bau einer bundesligatauglichen Sporthalle in der Gesamtschule Höhenhaus beschlossen.

Die SPD-Fraktion fragt vor dem Hintergrund der aktuellen Presseberichterstattung:

1. Welche Gründe waren 2 Jahre nach der Beschlussfassung durch die politischen Gremien ausschlaggebend, den Umbau der Willy-Brandt-Gesamtschule nicht umzusetzen?
2. Sind alternative Standorte bereits geprüft worden? Wenn ja, an welchen Standorten und mit welchem Ergebnis?

Wir bitten, die Beantwortung der Anfrage den Mitgliedern des Sportausschusses zur Kenntnis zu geben.

Die Beantwortung erfolgt zu einer der nächsten Sitzungen.

6.4 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion betreffend Förderschule Pestalozzi-Schule Außenstelle"

Her Seeck, SPD-Fraktion, teilt mit, dass die SPD-Fraktion etwas erreicht habe, was nicht gut klang. In der Kürze der Zeit konnte diese Frage auch nicht schriftlich eingereicht werden.

Er fragt nach, ob die Verwaltung dazu was sagen könne.

Herr Gräbener, Verwaltung, teilt mit, dass ihn dieses Schreiben ebenfalls erreicht habe und überrascht sei, da ein Ortstermin am Standort Holweider Straße gemacht worden und dies mit der Schulleitung abgestimmt sei. Herr Gräbener würde in der kommenden Woche einen erneuten Ortstermin machen und mit der Schulleitung sprechen.

7 **Verschiedenes**

8 **Gleichstellungsrelevante Themen**